

junge Welt vom 06.05.2005

## Interview

# »Fast jeder dritte Arzt muß gehen«

## Arbeitsbedingungen für Mediziner immer unerträglicher. Betriebswirtschaftler maßen sich zunehmend ärztliche Entscheidungen an. Ein Gespräch mit Wolfgang Albers

Interview: Gerd Feldkamp

\* Dr. Wolfgang Albers arbeitet in einem Berliner Krankenhaus. Er ist dort chirurgischer Oberarzt und Betriebsrat.

F: Das deutsche Gesundheitswesen wird zunehmend auf finanzielle Effektivität getrimmt – wie haben sich die Arbeitsbedingungen der Ärzte verändert?

Alles folgt dem Prinzip, daß durch Minimierung der Leistung ein Maximum an Gewinn erzielt werden soll. Man setzt also bei dem Personal an, das etwa 70 Prozent der Gesamtkosten eines Krankenhauses ausmacht. Das geschieht über eine ungeheure Arbeitsverdichtung oder über die Absenkung der Qualität. Ein Beispiel ist die Einrichtung fachübergreifender Bereitschaftsdienste – das heißt z.B., daß nicht mehr jede Fachabteilung einen eigenen Bereitschaftsdienst vor Ort hat.

F: Leidet da nicht die ärztliche Versorgung der Patienten?

Die Ärzte selbst werden nicht schlechter, wohl aber die Bedingungen, unter denen sie arbeiten.

Früher diente Geld dazu, die Heilung von Krankheiten zu bezahlen. Heute dient die Behandlung von Krankheiten dazu, Geld zu verdienen. Immer häufiger versuchen Nichtmediziner, Einfluß auf medizinische Entscheidungen zu nehmen. Dabei geht es z. B. darum, bestimmte Behandlungen nicht mehr durchzuführen, sie abubrechen oder die Patienten zu verlegen.

F: Geht also die Tendenz dahin, daß in Krankenhäusern nicht das medizinisch Sinnvolle gemacht wird, sondern eher das, was Geld bringt?

Es gibt immer noch Ärzte, die überwiegend das machen, was medizinisch sinnvoll ist. Sie bekommen nur zunehmend erklärt, daß sie sich gefälligst anders zu verhalten haben.

F: Heißt das nicht auch, daß die Krankenhäuser unter diesen Umständen lieber jüngere, halbwegs gesunde Patienten aufnehmen? Patienten, die weniger Pflege und weniger Aufwand erfordern, aber angesichts des Systems der Fallpauschalen dasselbe Geld bringen?

Der attraktivste Patient ist der gesunde Patient, der z.B. mit einem Leistenbruch ins Krankenhaus kommt, dort operiert und nach zwei, drei Tagen nach Hause entlassen wird. Alle anderen müssen am besten schon durch den Pförtner herausgefiltert werden – die kosten nämlich Geld.

Das wird so auch ganz offen zugegeben. So heißt es z.B. in der Erklärung eines Krankenhausmanagements: » ... wieviel Medizin ein Patient braucht, ergibt sich aus dem neuen Fallpauschalensystem«. Betriebswirtschaftler maßen sich also an, anstelle des Arztes zu definieren, was medizinisch notwendig ist.

F: Es gibt eine Petition Berliner Ärzte gegen die Arbeitsüberlastung – was ist daraus geworden? Sind weitere Aktionen geplant?

Der Gesundheitsstaatssekretär beim Berliner Senat, Hermann Schulte-Sasse, hat auf dem Ärztetag in seiner Begrüßungsrede erklärt, Berlin sei weiterhin mit Ärzten überversorgt. »Überversorgung« wird mit Hilfe von Vergleichskrankenhäusern definiert, wobei aber nicht hinterfragt wird, unter welchen Bedingungen diese arbeiten. Wir haben daher den Antrag eingebracht, die regionalen Ärztekammern sollten überprüfen, ob in diesen Vergleichskrankenhäusern auch das Arbeitszeitgesetz eingehalten wird, ob Überstunden vergütet werden, ob es die Möglichkeit der Weiterbildung gibt etc. Solange diese Fragen nicht beantwortet sind, verbietet sich jeder Vergleich.

F: Die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di hat den Wettbewerb im Gesundheitswesen offenbar akzeptiert. Bekommen Sie dennoch Unterstützung von ver.di?

ver.di ist glücklicherweise nicht überall dasselbe. In Süddeutschland z.B. gibt es innerhalb der Gewerkschaft durchaus Bestrebungen, die offizielle ver.di-Position in Frage zu stellen. Hier in Berlin hat die Gewerkschaft die Pforten für erhebliche Verschlechterungen geöffnet – sie hat nahezu kampflos auf Weihnachts- und Urlaubsgeld verzichtet. Sie hat zwar eine Beschäftigungssicherung bis Ende 2010 ausgehandelt – aber das heißt auch, daß bis dahin 4000 Arbeitsplätze abgebaut werden.

In den zehn ehemals öffentlichen Krankenhäusern Berlins hatten wir mal rund 15000 Beschäftigte. Ende nächsten Jahres werden es noch 9050 sein. Von 1500 Planstellen für Ärzte sollen etwa 400 zur Disposition stehen.

-----  
Adresse: <http://www.jungewelt.de/2005/05-06/020.php>  
Ausdruck erstellt am 19.09.2005 um 12:02:04 Uhr

© <http://www.jungewelt.de> | Website: <http://www.warenform.net>

[ [Fenster schließen](#) ]